

## 5. Exkurs: Die Weltwirtschaftskrise 2008/2009 hat die Wahrnehmung der persönlichen Gesundheit und die Bedeutung des Gesundheitswesens verändert

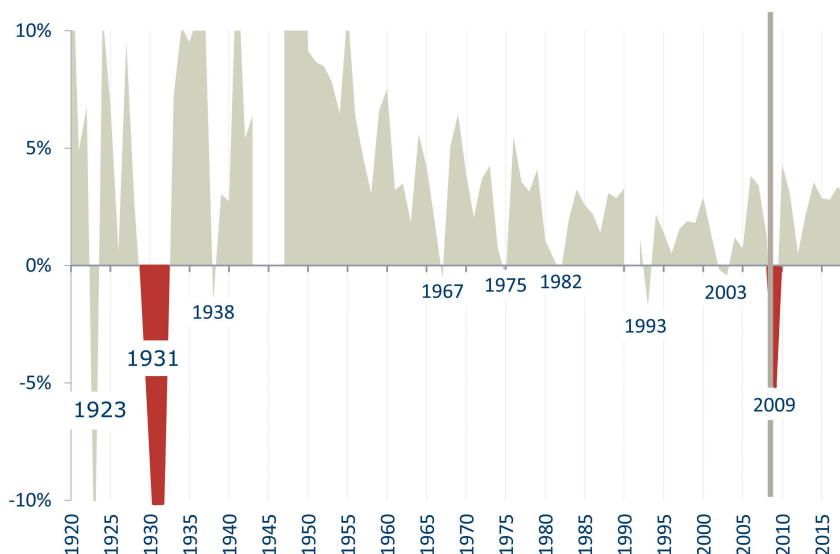
Die Krise, die als Banken- und Finanzkrise begann, hat sich zu einer umfassenden Wirtschaftskrise entwickelt und wurde von vielen Menschen in Deutschland als tiefgreifender gesellschaftlicher und politischer Wendepunkt empfunden. In der Folge kam es zu bedeutsamen Veränderungen der Wertestruktur in der Gesellschaft.

### 5.1 Ablauf

Ein wichtiger Startpunkt dieser Entwicklung begann im März 2000 mit dem Absturz der Telekom-Aktie. 2002 hatte sich die Skepsis gegenüber einer Beteiligung am Aktienmarkt mit der „Dotcom-Krise“ fortgesetzt, die mit einer Entwertung der meisten „Tech-Aktien“ einherging, in die auch Deutsche kurzzeitig viel Vertrauen gesetzt hatten. Für viele Deutsche hatten sich damals die Grundlage der Beschäftigung mit Wertpapieren verändert und damit auch einer von Eigeninitiative geprägten Einstellung zur Entwicklung des persönlichen Wohlstands. In diese Zeit fiel die Politik der „Agenda 2010“, die gegenüber der beginnenden Skepsis noch einmal Eigeninitiative und Eigenverantwortung hochgehalten hatte (siehe 4.1.2).

Nach dem Zusammenbruch einiger Großbanken in den USA, anderen Ländern (z. B. Island und Irland), aber auch in Deutschland wurden zwar staatliche Gegenmaßnahmen ausgelöst, die jedoch ein Übergreifen auf die Realwirtschaft nicht verhindern konnten. Im Jahr 2009 kam es zu einem seit dem Ende der 20er Jahre nie dagewesenen Einbruch der Wertschöpfung im globalen Maßstab, wie auch in Deutschland, wo das BIP um etwa 5 % gegenüber dem Vorjahr zurückging (siehe Abbildung 9). Die Krise wird weithin als „The Great Recession“ bezeichnet (Wikipedia 2025). In einer Publikation des World Monetary Fund wurde sie als „the worst recession since the 1930s“ markiert, von Starbatty als die „Zweite Weltwirtschaftskrise“ benannt (Starbatty 2008).

Abbildung 9: Veränderungen des Bruttoinlandsproduktes in Deutschland zwischen 1920 und 2020



Quelle: Eigene Darstellung nach (Metz 2015) und (Statistisches Bundesamt (Destatis) 2025g)

Die staatlichen Interventionen, die als Lehre aus den 20er Jahren nicht wie damals in Budgetrestriktionen, sondern in Ausgabenprogrammen resultierten, waren weltweit erfolgreich und konnten die Krise begrenzen. Dabei kam es jedoch weltweit – auch in Deutschland – zu Rettungsaktionen („bail out“) einzelner Banken<sup>16</sup>. Zahlreiche Banken in staatlichem Besitz mussten gar liquidiert oder mit anderen Banken verschmolzen werden.<sup>17</sup>

## 5.2 Effekte auf die Wahrnehmung von Wirtschaft und Gesellschaft durch die Bevölkerung

Die Bankenkrise von 2008 und die folgende Krise der Realwirtschaft von 2009 wurden nicht nur vom Laienpublikum als plötzlich und unvorhersehbar erlebt. Auch aus dem Kreis der Wirtschaftswissenschaftler oder Finanz-

<sup>16</sup> U. a. Hypo Real Estate, Commerzbank, IKB Deutsche Industriebank.

<sup>17</sup> U. a. West LB, HSH Nordbank.

experten waren praktisch keine Warnungen gekommen (Starbatty 2008), mit Ausnahme von Nouriel Roubini, der allerdings vor 2008 Außenseiterstatus hatte (Loungani 2006).

Die Krise hatte zunächst zu einem starken Vertrauensverlust in das Bankensystem geführt. Es dominierte das Bild von den gierigen Bankern, die hochriskante Geschäfte machen und dabei nur an die Verbesserung ihrer persönlichen Einkommenssituation denken, insbesondere der mit kurzfristigen Gewinnen verdienten Bonuszahlungen.<sup>18</sup> Dieses Bild war auch in Deutschland von Presse und Politik über einen langen Zeitraum verbreitet worden.<sup>19</sup>

In Bezug auf die Wirtschaft im Allgemeinen führte die Krise zu einem enormen Absturz des Vertrauens in 2008 und 2009. Eine Längsschnittbefragung aus dieser Zeit zeigt, dass Erwartungen an die Entwicklung der Wirtschaft aufgrund der Finanzkrise schlagartig abgenommen haben (Institut für Demoskopie Allensbach 2012) (siehe Abbildung 10). Der Edelman Trust Barometer zeigt für die USA<sup>20</sup>, dass das Vertrauen in die Wirtschaft ebenfalls schlagartig auf ein niedriges Niveau gesunken war, was sonst nur aus Europa bekannt ist (Daniel J. Edelman Holdings 2001-2025).<sup>21</sup>

---

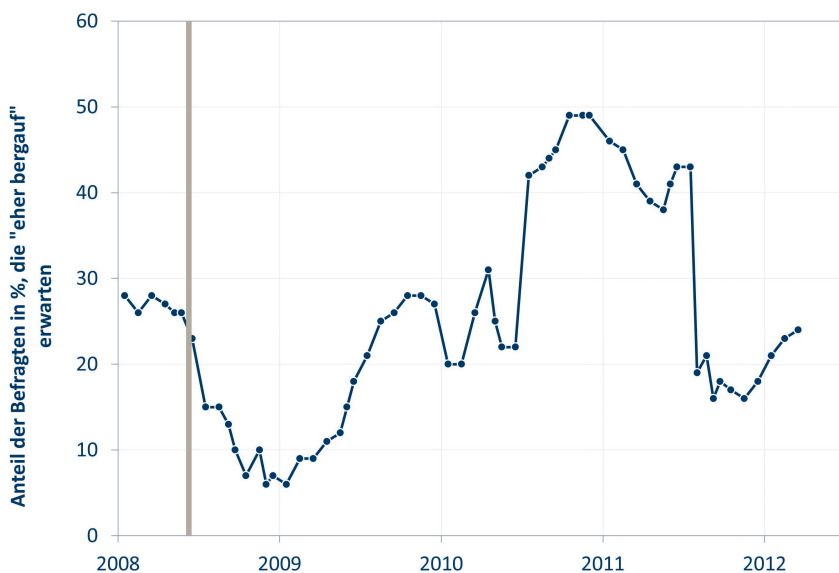
18 Das damals allgemein verbreitete Vehikel dazu waren die „collateralized debt obligations“ (CDO), die lange Zeit als geniales Instrument für Spekulationen wie auch die private Anlage galten. Sie basierten auf Hypotheken von Immobilien, die zumindest zum Teil nicht den Wert hatten, der dafür bezahlt worden war („subprimes“). Das Platzen dieser Immobilienblase brachte die Zweite Weltwirtschaftskrise 2008 ins Rollen.

19 Vizekanzler Peer Steinbrück (SPD) sagte am 8. Oktober 2008: „Wir sagen außerdem, dass diejenigen, die unverantwortliche Geschäfte gemacht haben, zur Verantwortung gezogen werden.“ (Leue 2018.).

20 Für Deutschland sind für diesen Zeitraum keine Daten veröffentlicht.

21 Die Publikation „Vertrauen in Deutschland und Europa“ zeigt allerdings auf, dass in Deutschland das Vertrauen in die Wirtschaft bereits mit der zweiten rot-grünen Koalition ab 2004 abgenommen hatte und nicht erst 2008. Ab 2006 setzte sogar eine kontinuierliche Zunahme ein, die auch im Jahr 2008 nicht zurückgegangen war (Enste und Möller 2015). Da es sich jedoch um eine Kompilation aus verschiedenen Datenquellen handelt, waren in dieser Untersuchung kurzfristigere Entwicklungen nicht abbildbar.

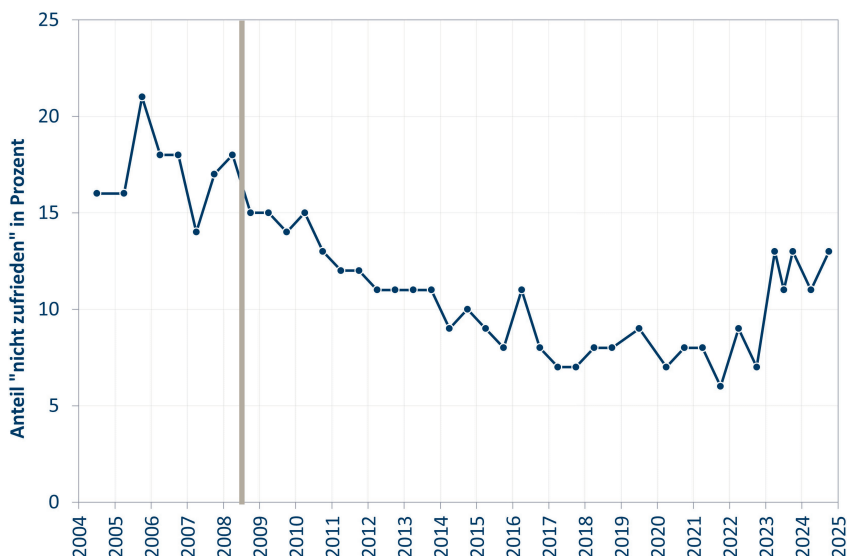
Abbildung 10: Antwort auf die Frage, ob die Befragten glauben, dass „es mit unserer Wirtschaft in den nächsten sechs Monaten eher bergauf oder eher bergab geht“



Quelle: Eigene Darstellung aus (Institut für Demoskopie Allensbach 2012)

Wirtschaftliche Veränderungen haben bekanntlich einen starken Effekt auf die wahrgenommene Lebenszufriedenheit der Bevölkerung, obwohl auch andere Faktoren wie z. B. Gesundheit dazu beitragen (Stiglitz et al. 2009). Vor diesem Hintergrund soll gezeigt werden, wie sich die Lebenszufriedenheit in Deutschland über die Jahre verändert hat (siehe Abbildung 11): Nach den Spitzenwerten auf dem Eurobarometer für „unzufrieden“ von 2005 bis 2008 (Europäische Kommission - Generaldirektion Kommunikation 2024) sank dieser Wert kontinuierlich bis 2022. Danach war ein jäher Anstieg zu beobachten, der allerdings noch nicht die Höhe von 2008 erreicht hat. Gleichwohl ist zu beobachten, dass die jüngsten wirtschaftlichen Einbrüche ihre Spuren hinterlassen und politische Relevanz erreichen werden. Einen ähnlichen Befund zeigen auch die neueren Daten des „World Happiness Report“ (Wellbeing Research Centre der Universität Oxford et al. 2025).

Abbildung 11: Lebenszufriedenheit: Anteil der Befragten in Deutschland, die angeben, „unzufrieden“ zu sein.



Quelle: Eigene Darstellung nach (Europäische Kommission - Generaldirektion Kommunikation 2024)

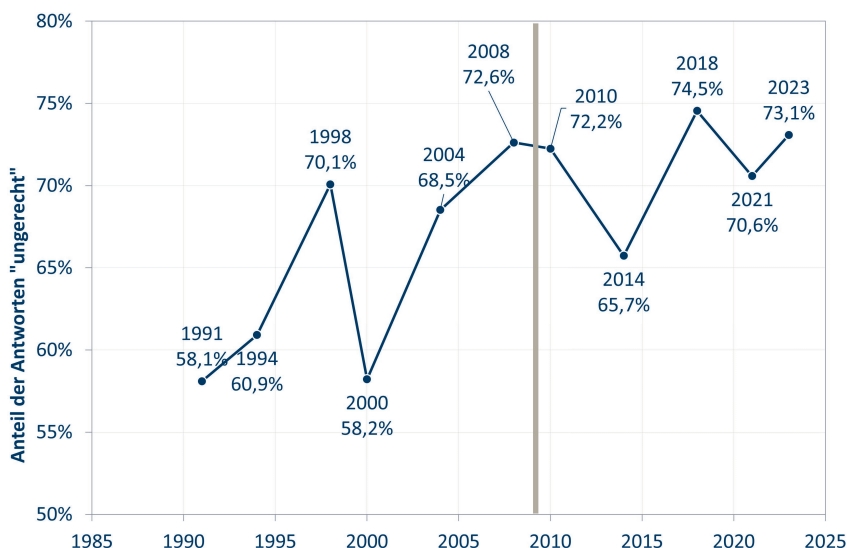
Eine andere Perspektive der relevanten Einstellungen der Bevölkerung ergibt sich aus der Betrachtung, wie in Deutschland „Ungleichheit“ wahrgenommen wird. Die in der Krise erlebte Ungleichheit zwischen Bankern und (in zweiter Linie) Menschen, die durch ihre Stellung im Wirtschaftsprozess hohe Einkommen erzielen können, hat sich als Thema im politischen Diskurs verstetigt und gleichzeitig die Politik nach der Krise bis zum heutigen Tag geprägt. So antworten fast drei Viertel der Befragten im Jahr 2020 auf die Frage, ob sich die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen langfristig verändert hat, mit „etwas gestiegen“ oder „stark gestiegen“ (The Politics of Inequality und Universität Konstanz 2024). Gleichmaßen sind ca. 60 % der Befragten der 2023er-Welle von ALLBUS der Ansicht, dass die Einkommen in Deutschland nicht gerecht verteilt seien (GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (GESIS) 2024)<sup>22</sup>.

Die längste bei ALLBUS verfügbare Zeitreihe bezüglich der Wahrnehmung sozialer Differenzierungen bezieht sich auf das Statement: „Ich fin-

22 Eigene Analyse der ALLBUS-Daten.

de die sozialen Unterschiede in unserem Land im Großen und Ganzen gerecht“ (siehe Abbildung 12). Hier zeigt sich über die Jahre eine deutlich ansteigende Tendenz der Wahrnehmung einer „ungerechten“ Gesamtsituation. Die Ereignisse um die Zweite Weltwirtschaftskrise herum haben zu bis dahin nicht gekannte Maximalwerte für die Wahrnehmung von Ungerechtigkeit geführt. Allerdings ging im Jahr 2014 bereits ein deutlicher Sprung nach oben voraus, der wahrscheinlich auf negative Reaktionen auf die Politik der „Agenda 2010 zurückzuführen ist, nachdem die erste rot-grüne Regierung einen deutlichen Kurs des sozialen Ausgleichs eingeschlagen hatte.

Abbildung 12: Die Aussage „Ich finde die sozialen Unterschiede in unserem Land im Großen und Ganzen gerecht“ beantwortet mit „stimme eher nicht zu“ oder „stimme überhaupt nicht zu“



Quelle: Eigene Darstellung der Daten aus ALLBUS (GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (GESIS) 2024)

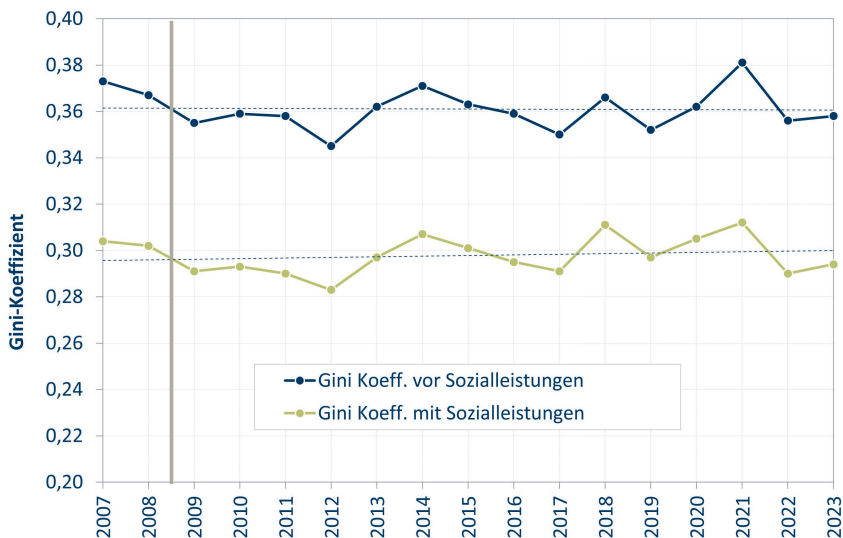
Die negativen Bewertungen von 2008 und 2010 wurden allerdings 2018 und 2023 noch übertroffen, was möglicherweise auf eine sehr verhaltene Entwicklung der Reallöhne (Statistisches Bundesamt (Destatis) 2025b) und die Lasten durch Energiepreise und Inflation zurückzuführen ist. Insgesamt

lässt sich seit der Wiedervereinigung deutlich erkennen, dass es wechselnde extrapolitische und politische Einflüsse auf die Wahrnehmung der sozialen Gerechtigkeit gibt, aber auch eine Tendenz zur Wahrnehmung von zunehmender Ungerechtigkeit.

Mit dem Gini-Koeffizienten verfügt man hingegen über ein Maß für soziale Ungleichheit, das nicht auf Befragungen, sondern auf der gemessenen Einkommensverteilung in der Gesellschaft basiert. Es würde nicht überraschen, wenn die wahrgenommene Ungerechtigkeit eine Entsprechung in einer tatsächlichen Auseinanderentwicklung der Einkommen hätte, also in einem zunehmenden Gini-Koeffizienten.

Abbildung 13 zeigt allerdings, dass der Gini-Koeffizient sowohl ohne als auch mit Berücksichtigung kompensatorischer Sozialleistungen seit 2007 keinerlei Tendenz zur Steigerung zeigt, was in Einklang mit dem letzten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) 2025) steht, der den verklausulierten Schluss formuliert: „Entsprechend kam es zu keinem deutlichen Sinken der Ungleichheit.“

Abbildung 13: Gini-Koeffizient nach verfügbarem Einkommen vor und mit Sozialleistungen

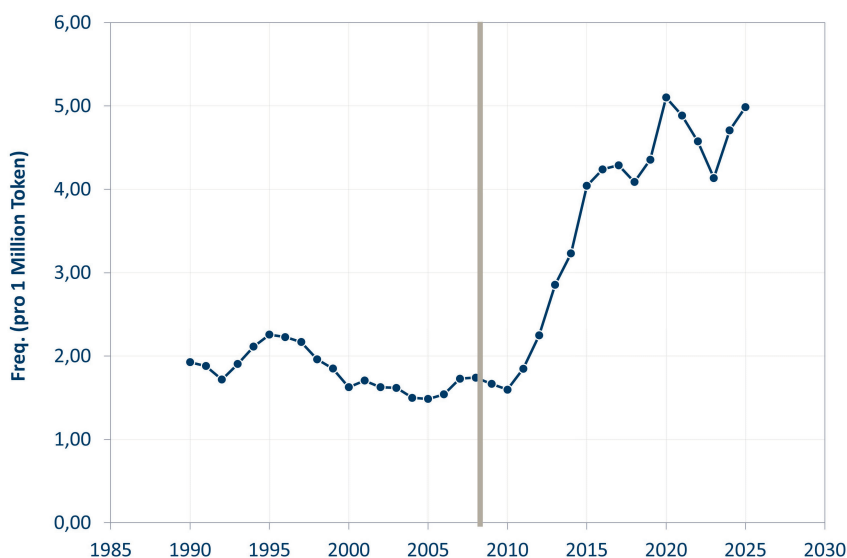


Quelle: Quelle:Eigene Darstellung nach (Statistisches Bundesamt (Destatis) 2025h)

In der Repräsentierung des Themas „Ungleichheit“ kam es in den Zeitungsmedien dagegen ab 2011 zu einem Anstieg auf mehr als das Doppelte gegenüber den Jahren ab 1990. Dieser fand 2020 seinen Höhepunkt und ist seither ungefähr konstant geblieben.

Zu den Treibern dieser Entwicklung lassen sich die Aktivitäten der NGO „Occupy Wallstreet“ (ab 2011) sowie Publikationen namhafter links orientierter Ökonomen zählen: Stiglitz (Stiglitz 2011), Krugman (Krugman 2012) und Piketty (Piketty 2013). Realpolitisch dürften die massiven finanziellen Interventionen der Bundesregierung und der Europäischen Union zur Vermeidung des Staatsbankrotts von Griechenland zu dem Eindruck beigetragen haben, dass enorme finanzielle Mittel offensichtlich vorhanden sind, aber nicht für eine nennenswerte Anhebung der Reallöhne zur Verfügung stehen.

Abbildung 14: Frequenz des Vorkommens des Terms „Ungleichheit“ in den deutschen Tageszeitungen

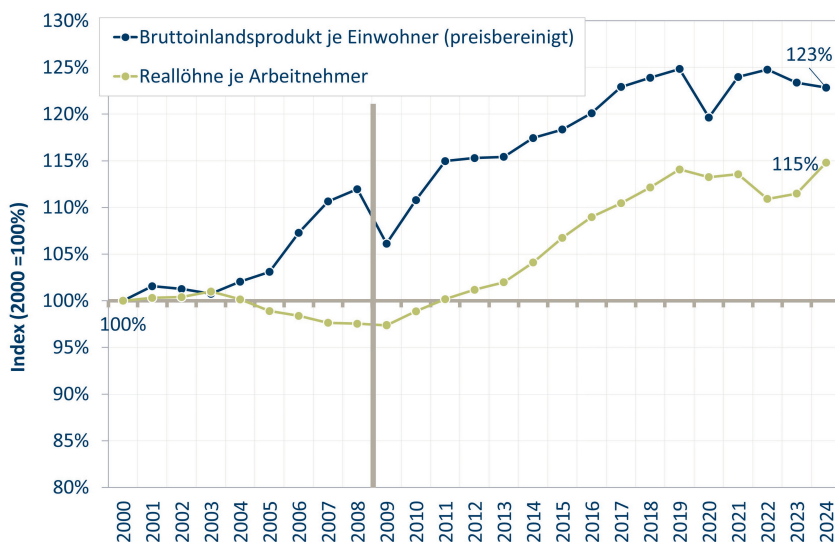


Quelle: Eigene Darstellung aus DWDS (Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (BBAW) 2025c)

Auch wenn eine Ungleichheit im engeren Sinne des Wortes nicht der tragende Grund für die „Konjunktur“ des Begriffes seit 2011 gewesen sein kann, ist jedoch festzustellen, dass die Reallöhne in Deutschland das Ni-

veau von 2000 erst wieder im Jahr 2011 erreicht hatten. Zwischen 2000 und 2008 gingen die Reallöhne um 0,3 % p. a. zurück, während das BIP pro Jahr um 1,4 % anstieg – es brach in 2009 allerdings in Folge der Wirtschaftskrise auch um 5,2 % ein. Diese Diskrepanz, die insbesondere in der Publikation von Stiglitz thematisiert wird, hat vermutlich ebenso zu dieser gesteigerten publizistischen Aufmerksamkeit geführt. In der Folge kam es in den Perioden 2008/2019 und 2019/2024 zu einem stärkeren Anstieg der Reallöhne gegenüber dem BIP (siehe Abbildung 15). Es ist durchaus verständlich, dass relativ positive Nachrichten über die wirtschaftliche Entwicklung (BIP) bei gleichzeitigem Erleben einer Stagnation der Reallohnentwicklung Gefühle von Ungleichheit oder Zurückgelassenwerden erzeugen.

Abbildung 15: Entwicklung von preisbereinigtem Bruttoinlandsprodukt je Einwohner und Reallöhnen je Arbeitnehmer



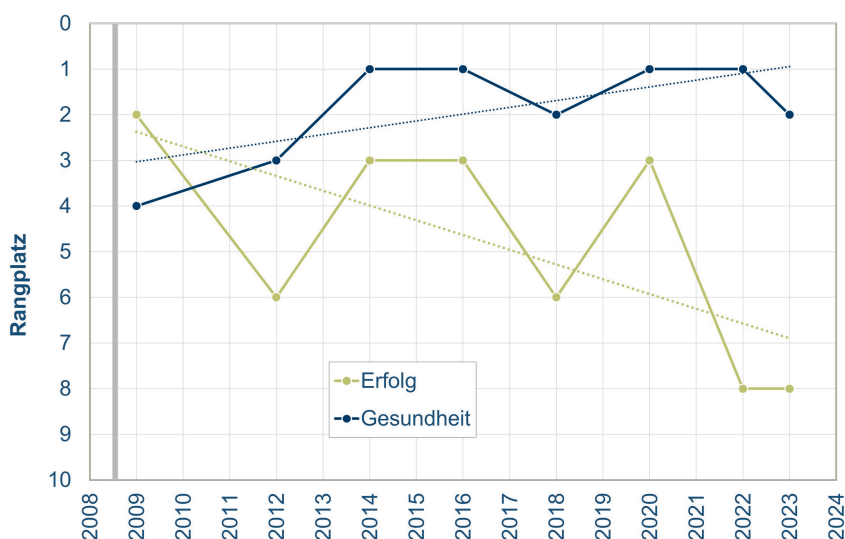
Quelle: Eigene Darstellung nach (Statistisches Bundesamt (Destatis) 2025g, 2025f)

Insgesamt entwickelte sich in den 2010er Jahren eine Situation, die zwar wenig von einer objektiven Zunahme der Ungleichheit gekennzeichnet war, allerdings auf der Ebene der Wahrnehmung und vor allem der Publizistik den Eindruck der gesellschaftlichen Ungleichheit stark beförderte.

### 5.3 Effekte auf die Wahrnehmung der Gesundheit als Wert

In dem bisher skizzierten Umfeld ist zu erwarten, dass in der deutschen Bevölkerung die Struktur von Grundwerten in Bewegung gerät. Zwei massive Krisen haben zu einem Anstieg des Eindrucks von Ungleichheit geführt, der stark von publizistischen Aktivitäten getragen worden ist. Vor diesem Hintergrund gerät der „meritokratische“ Grundwert des Strebens nach Erfolg unter Druck. Der seit 2009 regelmäßig publizierte „Werte-Index“ zeigt auf, dass der Basis-Wert „Erfolg“ vom zweiten Platz im Jahr 2009 auf den achten Platz im Jahr 2023 durchgereicht wird (siehe Abbildung 16).

Abbildung 16: Entwicklung der Bedeutung der Werte „Gesundheit“ und „Erfolg“ nach dem „Werte-Index“



Quelle: Eigene Darstellung nach den Angaben aus den verschiedenen Ausgaben des Werte-Index (Wippermann und Krüger 2009, 2012, 2014, 2016, 2018, 2020, 2022, 2023)

Vor diesem Hintergrund ist es von großer Bedeutung, den gleichzeitigen Aufstieg des Wertes „Gesundheit“ zu beobachten. Während „Gesundheit“ noch im Jahr 2009 den vierten Platz belegte, stieg sie in der Folge bis heute auf und blieb dort immer auf dem ersten oder zweiten Platz. Auch eine aktuelle Studie des AOK-Bundesverbands bestätigt die hohe Bedeutung des Themas „Gesundheit“ (siehe Abbildung 17).

Abbildung 17: Anteil der Befragten, die in den angegebenen Politikfeldern Handlungsbedarf sehen



Quelle: forsa-Umfrage im Auftrag der AOK (zm online 2025)

Wie ist der Aufstieg der Gesundheit zum erstrangigen Wert der Deutschen zu erklären?

In der betrachteten Epoche seit der Zweiten Weltwirtschaftskrise kam es zu einem tiefgreifenden Wandel hinsichtlich der Legitimation des Wirtschaftssystems. Dieser hatte bereits vorher damit begonnen, dass in der Dotcom-Krise – symbolisiert durch den Absturz der Telekom-Aktie – eine Ernüchterung bezüglich des Vermögensaufbaus durch die Teilnahme am Aktienmarkt einsetzte. Die Politik der Agenda 2010, die diesen Impuls eigentlich nutzen wollte, war letztlich politisch desavouiert und führte schlussendlich zum Zusammenbruch der rot-grünen Regierung.<sup>23</sup> Die abrupten bedrohlichen Entwicklungen des Bankensystems und die nachfolgende Wirtschaftskrise haben diese Verunsicherung fortgesetzt. Im Anschluss schuf das mehrjährige Management der Griechenland-Krise das Bild einer brüchigen Stabilität, die nur durch den Einsatz von enormen

23 Gleichwohl muss eingeräumt werden, dass die Agenda 2010 einen langanhaltenden positiven Einfluss auf den Arbeitsmarkt hatte und damit zur positiven wirtschaftlichen Entwicklung in den 2010er Jahren beitrug.

Summen öffentlicher Gelder vor dem Zusammenbruch bewahrt werden konnte.

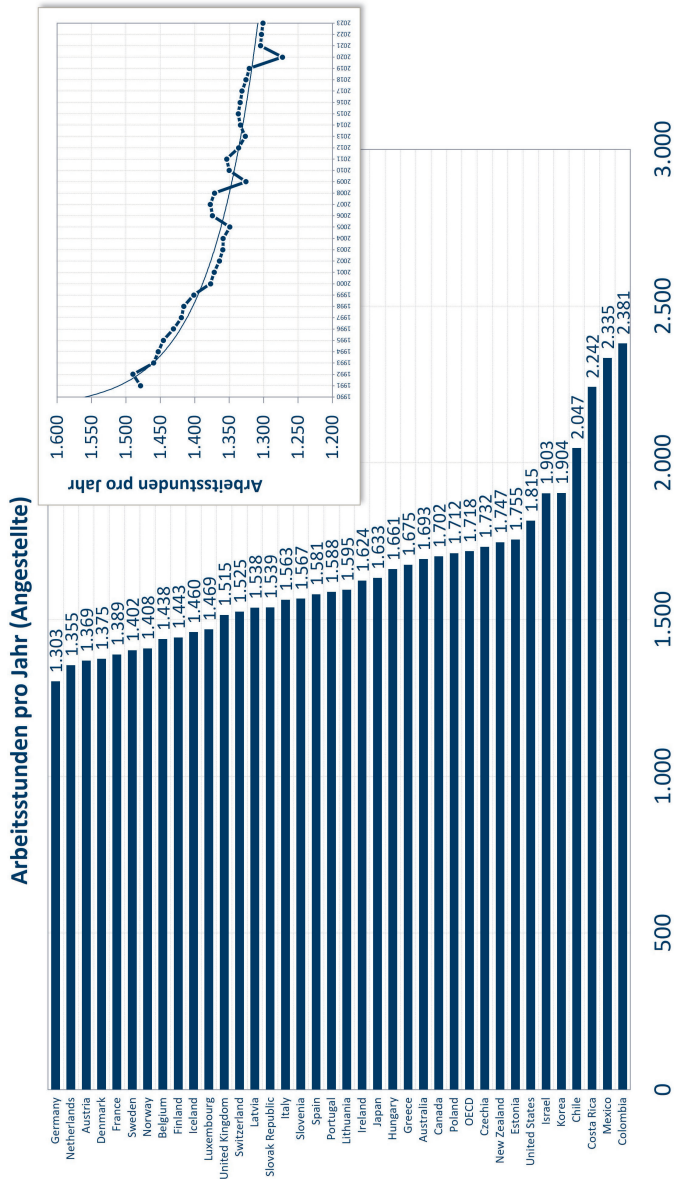
In dieser Gemengelage rückte das Bild des Bürgers in weite Ferne, der mit seiner Arbeit, aber auch durch die Teilhabe am Kapitalmarkt selbst für seinen wirtschaftlichen Erfolg sorgen konnte. Der Abstieg des Wertes „Erfolg“ begann mit der Zweiten Weltwirtschaftskrise.

Damit wurde das Bedürfnis nach Sicherheit in einer unberechenbaren Welt stärker. In dieser Situation lag es nahe, dass die Gesundheit als der wesentliche Besitz des Individuums in den Vordergrund trat – die persönliche Gesundheit, die ebenso in einer radikal veränderten Welt Bestand hat und dem Individuum nicht genommen werden kann. Gesundheit ist damit die Basis für eine Teilhabe an positiven Erlebnissen im Leben, die auch jenseits der Erzielung finanzieller oder materieller Erfolge dafür garantiert, immaterielle Genüsse haben zu können. Dies gilt umso mehr in einer Gesellschaft wie der deutschen, die sich durch eine besonders starke Reduzierung der Arbeitszeit auszeichnet und im Maßstab der OECD mit den geringsten Arbeitszeiten pro Jahr ausgewiesen ist (Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) 2025) (siehe Abbildung 18).

„Gesundheit“ als Wert mit einem Top-Ranking in der persönlichen Hierarchie der Werte ist damit eine rationale Reaktion auf eine Welt, die zum einen ökonomisch weniger berechenbar und erfolgversprechend ist und die zum anderen Freizeit schafft wie keine andere vergleichbare Gesellschaft. Gesundheit wird damit zu einer persönlichen Ressource, die nicht nur seit Beginn der kapitalistischen Gesellschaft im ökonomischen Verwertungsprozess relevant ist, sondern auch in der von Freizeit geprägten Gesellschaft eine Teilhabe am „postmateriellen“ Leben voraussetzt.

Diese Darstellung folgt den theoretischen Erklärungen von Michel Foucault und Pierre Bourdieu, französischen Soziologen, die in den 70er bis 90er Jahren des 20. Jahrhunderts gearbeitet haben und deren Werk auch in der Gegenwart starke Beachtung findet.

Abbildung 18: Geleistete Arbeitsstunden pro Jahr in Deutschland im internationalen Vergleich und hinsichtlich der Entwicklung in Deutschland seit 1990 (kleine Grafik)



Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben der OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) 2025)

Foucault hatte sich erstmals in größerem Umfang mit den Einflüssen gesellschaftlicher Entwicklungen auch auf den menschlichen Körper beschäftigt (Foucault 1976). Sein Konzept kann dahingehend zusammengefasst werden, dass im Laufe der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft deren Funktionieren gesichert und optimiert werden konnte, indem das Individuum zunächst von außen diszipliniert wurde, und im Zuge dessen über zwei Jahrhunderte die Macht über den Körper immer mehr internalisiert werden konnte. Insbesondere in der Phase der „neoliberalen“ Ökonomie der 70er und 80er Jahre sei es gelungen, dass die am Wirtschaftsprozess Teilnehmenden von sich aus auf Fitness, Gesundheit, aber auch Schönheit geachtet hätten. Damit verschafften sie sich im Prozess des wirtschaftlichen Wettbewerbs Vorteile, die sich materiell auszahlen.

Bourdieu hat mit seiner Theorie des individuellen Kapitals (Bourdieu 1984) erklärt, woraus sich „Status“ und „Habitus“ des Individuums speisen, auf deren Grundlage diese dann ihre Position in der Gesellschaft einnehmen können. Das Kapital eines Individuums speist sich nicht nur aus ökonomischen Quellen wie Einkommen und Vermögen, sondern auch aus kulturellem Kapital wie Bildung, Sprach- und Sprechfertigkeiten sowie sozialem Kapital, das über Netzwerke und Gruppenzugehörigkeit wirksam ist. Alles zusammen mündet in das „symbolische Kapital“, das sich vor allem in Prestige darstellt. Bourdieu zeigt auch auf, dass sich zahlreiche Elemente des Habitus auch körperlich ausdrücken (Bourdieu 1983).

Eine eigene Definition von „Körperkapital“ entwickelt mit Bezug auf Bourdieu Kersten Reich (Reich 2013). Das Konzept fasst theoretisch zusammen, dass der Körper zunehmend in Tauschbeziehungen eingesetzt wird. Techniken wie Schönheitschirurgie, organische „Optimierung“, häufig auch durch Medizintechnik und pharmazeutische Technologien, Technologien der menschlichen Reproduktion, Longevity-Ansätze u. v. a. m. haben zu einer ungeahnten Steigerung des Körperkapitals als Teil des Sozialkapitals geführt.

Neu ist, dass auch Individuen, die eine eher passive Einstellung zum ökonomischen Erfolg haben, in ihr Körperkapital investieren. Sie tun dies dann aus Gründen der Selbstverwirklichung, Erhaltung der Gesundheit, Identität oder als soziale Praxis, sich von anderen zu distinguieren. Abseits von der kapitalistischen Motivation kann die Bildung von Körperkapital als eine attraktive Strategie angesehen werden. Der Anstieg des Wertes „Gesundheit“ spiegelt dies wider: „Subjektiv messen die Menschen dem Körperkapital bereits dadurch einen hohen Wert zu, weil er so real, ‚natürlich‘, tatsächlich vorhanden und sichtbar ist, was in einer flüssigen Moderne

[sic!] der Unübersichtlichkeit, der Ungewissheit, der Unbeständigkeit aber nur noch einen *scheinbar* sicheren Raum des Handelns und der Erwartungen konstruieren lässt.“ (Reich 2013)

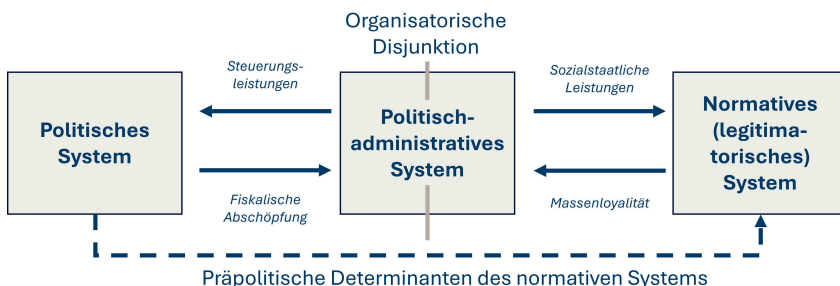
#### 5.4 Effekte auf die Gesundheits- und Sozialpolitik in Deutschland

In der Zweiten Weltwirtschaftskrise, während der Griechenland-Krise und der 2020 ebenfalls abrupt einsetzenden COVID-19-Krise, die sehr schnell eine Wirtschaftskrise nach sich zog, und letztlich auch nach den wirtschaftlichen Einbrüchen infolge der russischen Invasion in die Ukraine stellte sich der staatlichen Politik die Aufgabe wiederholter und massiver Eingriffe in das Wirtschafts- und Finanzsystem mit bisher nie gekannten Liquiditätshilfen. Es wurde bereits gezeigt, dass diese Interventionen zumindest in der Weltwirtschaftskrise und während der Griechenland-Rettung im Kern als ungerecht erlebt wurden und dem Staat damit unterstellt wurde, dass er denen gibt, die ohnehin schon viel haben, und dass die kleinen Leute dies mit ihren Steuern bezahlen müssten.

Damit trat das ein, was von Seiten der Kritischen Theorie bereits in den 70er Jahren als die „Krise des Krisenmanagements“ analysiert worden war (Offe 1973; Habermas 1973). Der Staat schafft durch seine Interventionen im „Primärsystem“, also kapitalistischen Wirtschaftssystem, konsekutiv Unruhe und Widerstände im „legitimierenden System“, weil sein Krisenmanagement als ungerecht wahrgenommen wird. Die klassische Reaktionsweise besteht nun darin, mit der Gewährung von Sozialleistungen eine potenzielle Erosion von „Massenloyalität“ zu kompensieren. Der Zusammenhang wurde von Claus Offe grafisch erläutert (siehe Abbildung 19).

Die Reaktion, durch Sozialleistungen für Legitimation und Loyalität zu sorgen, ist dadurch erschwert, dass die sog. „präpolitischen Determinanten des normativen Systems“ seit den 2000er Jahren einer Erosion ausgesetzt sind: Der tiefsitzende Glaube an das bestehende Wirtschaftssystem als „Soziale Marktwirtschaft“ hat seither Risse bekommen, die sicherlich eher mehr als weniger Ressourceneinsatz zur Erhaltung der Loyalität erforderlich machen.

Abbildung 19: Darstellung der wesentlichen gesellschaftlichen Subsysteme: Ökonomie, Politik, Werte (normatives System) nach Claus Offe



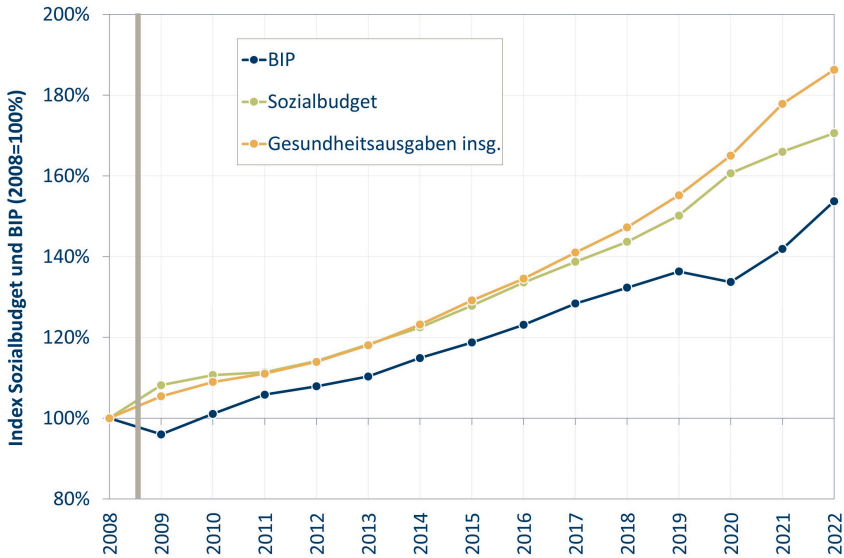
Quelle: Adaptierte Darstellung nach (Offe 1973)

Die Feststellung, dass in dieser Lage der Gesundheit eine herausragende Bedeutung zukommt, weist damit auch der Gesundheitspolitik eine besondere Rolle zu. Während diese in der Vergangenheit nicht zu den zentralen Politikfeldern gehörte (wie vor allem die Rentenpolitik), konnte man in den 2010er Jahren beobachten, dass der Gesundheitspolitik eine besondere Aufmerksamkeit zugewachsen ist. Dabei kam es zu einer massiven Ausweitung von Zuständigkeiten und Leistungsansprüchen wie z. B.:

- Ausdehnung des Kreises der Versicherten
- Verschiebung zugunsten der GKV
- Zahlreiche zusätzliche und teilweise ganz neue materielle Leistungsansprüche
- Zusätzliche Leistungsansprüche in prozeduraler oder struktureller Hinsicht (z. B. klinische Krebsregister, Innovationsfonds, Compliance)
- Ausdehnung der Reichweite der GKV in „Lebenswelten“
- Organisierung des Umfelds der Prävention

Vor diesem Hintergrund kam es zu einer allgemeinen Steigerung der im Sozialbudget aggregierten Haushaltsmittel, die seit 2009 deutlich und zunehmend höher ausfiel als die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (zu jeweiligen Preisen). Ab 2014 zeichnete sich ab, dass die Ausgaben für Gesundheit stärker stiegen als das allgemeine Sozialbudget, was die Bedeutung der Gesundheitspolitik für die Sicherung der „Massenloyalität“ (um in der oben zitierten Terminologie zu bleiben) überproportional zunehmen ließ (siehe Abbildung 20).

Abbildung 20: Absolutes Bruttoinlandsprodukt zu jeweiligen Preisen, sämtliche Sozialleistungen (Sozialbudget) und Gesundheitsausgaben insgesamt



Quelle: Eigene Darstellung nach (Statistisches Bundesamt (Destatis) 2024, 2025g; Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) 2024; Statistisches Bundesamt (Destatis) 2025g)

